

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abgehoben vom Postamt 0,66 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Duncker).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 23.

Berlin, Mittwoch, 20. März 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Zuschrift auf dem Leichenstein. — Die Eisenbahner vor dem Abgeordnetenhaus. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Zuschrift auf dem Leichenstein.

Der Reichskanzler hat auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats eine Rede gehalten. Das tat er in jedem Jahre. Seine diesmalige Rede aber ist von besonderer Eigenart. Ihr Zweck sollte sein, das Bett für die konservativ-liberale Ehe zu machen. Wir möchten glauben, daß dieser Zweck nicht gerade ausfichtsvoll gefördert worden ist. Wenn man auch die Worte einer Festsprache nicht auf der Goldwaage wägen darf, so muß doch der leitende Staatsmann sich immer und in jeder Situation seiner Stellung bewußt bleiben. Mit seiner Rede hat der Reichskanzler weite Kreise des deutschen Volkes zum Widerspruch herausgefordert. Wohl sagte der Herr Reichskanzler, daß es seine Aufgabe sei, immer das Gesamtinteresse im Auge zu fassen; wenn er dann aber wünscht, daß man ihm bereits nach seinem Abgange auf den politischen Leichenstein die Worte schreibe: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen“, dann hat er damit doch nur zu deutlich erkennen lassen, daß die agrarischen Interessen bei ihm an erster Stelle stehen.

Es klang wie eine Entschuldigung, als er ferner sagte, daß er in gewissen Dingen liberalen Forderungen nachgeben müsse; es klang, als hätte er, ihm deswegen nur nicht böse zu sein.

Der Reichskanzler soll über den Parteien stehen! Fürst von Bülow aber will sich die Gunst der Agrarier erhalten, wenn nicht anders, dann auch auf Kosten des Gesamtwohls! Seine Meinung, daß man ein Stodagrarier und doch ein gebildeter Mann sein kann, ist ein schwerer Irrtum. Dem gebildeten Mann muß jede extreme Einseitigkeit zuwider sein, ein Stodagrarier aber kennt nur sein Interesse, das Interesse der Gesamtheit rührt ihn nicht. Selbst es die gebildeten Menschen nötig erscheinende Rücksicht auf die Gefühle der Gesamtheit nehmen, wenn Fürst v. Bülow den ärgsten agrarischen Junker, den Herrn von Oldenburg-Saunuschan, seinen Freund nennt? Ist es ein Zeichen von Bildung, wenn der höchste Beamte des Reiches indirekt die teuren Fleischpreise lobt, die große Not in hunderttausende Familien brachte, nur weil der hohe Preis für das „brave Schwein“ die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr noch als bisher in das konservative Lager drängte? Wie kann ein so feingebildeter Mann, wie es der Reichskanzler ist, so die Seele des Volkes verkennen?

Im Preussischen Abgeordnetenhaus zeigte der neue Landwirtschaftsminister v. Arnim, daß er liberalen Anschauungen zugänglich ist. Man nahm an, daß er im Einverständnis mit dem Reichskanzler handle, um den Weg zu bahnen zu einer liberaleren Wirtschaftspolitik, die auch gebührende Rücksicht auf die Konsumenten nimmt. Diese Auffassung war eine irrthümliche, denn der Reichskanzler lobte in seiner Festsprache gerade in den weitesten Kreisen des Volkes nicht gerade in dankbarer Erinnerung stehenden vormaligen Landwirtschaftsminister von Bobbieloff. „Ich vertraue“, so erklärte er, „daß mein Kollege, der neue Landwirtschaftsminister den Spuren seines vortrefflichen (1)

Borgängers folgend“, die Frage der Leutenot auf dem Lande lösen und auch das Problem der Entschuldung zu einem günstigen Abschluß bringen werde. v. Bobbieloff hat für die Geschäftsmachung der Arbeiter auf dem Lande als Minister gar nichts getan! Die von ihm geführte Politik hat die Entvölkerung des platten Landes vielmehr noch stark gefördert und diesem „vortrefflichen Beispiel“ soll der neue Landwirtschaftsminister folgen? Auch für die Entschuldung hat von Bobbieloff nichts getan, wohl aber hat die von ihm vertretene Politik, wie der neue Landwirtschaftsminister gezeigt hat, die Verschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes nur noch vermehrt!

Es muß in der Tat das arbeitende Volk verlesen, wenn der höchste Beamte des Reiches den Herrn von Bobbieloff als einen „vortrefflichen“ Minister hinstellt und unter allen Agrariern und Junkern den ärgsten herauslucht, nämlich den Herrn von Oldenburg, um ihn als seinen Freund vorzustellen.

Was der Herr Reichskanzler in der Hoffnung, „daß dadurch sein Vertrauensverhältnis zu den Agrariern keinen Wandel erfahre“, an Wünschen erfüllen will, die bereits seit langer Zeit von den Parteien der bürgerlichen Linken gehegt werden, betrifft eine Reform des Veretns- und Versammlungswesens, des Strafrechts und der Strafprozessordnung, sowie eine Reform des Hörsengesetzes. Es leide ihn dabei die Ueberzeugung, daß ein führender und verantwortlicher Staatsmann nicht zögern solle, unzeitgemäße Zustände durch sachgemäße Reformen zu ändern.

Ich gehöre nicht zu denen, die alles Fremde, weil es fremd ist, bewundern. Aber es war, wie mir scheint, eine große Weisheit der englischen Aristokratie, notwendige Konzessionen rechtzeitig zu machen. Als eine segensreiche Folge dieser Weisheit sehe ich es an, daß England seit mehr als 200 Jahren von revolutionären Erschütterungen verschont geblieben ist, die namentlich die romantischen Länder in diesem Zeitraum so oft heimgesucht haben. Ich sehe hierin auch den Grund, daß in England die große Menge in den Städten, die kleinen Leute in Stadt und Land ganz überwiegend staatsfernhaltend gesonnen sind.

Wir möchten den Herrn Reichskanzler hierbei doch an die Tatsache erinnern, daß Mitte des vorigen Jahrhunderts in England schwere innere Kämpfe um die Wirtschaftspolitik tobten. Diese Kämpfe endeten mit dem Siege derjenigen, die keine Fülle auf Lebensmittel wollten. Auch hier war die englische Regierung klug genug, notwendige Konzessionen rechtzeitig zu machen. Wäre es anders gekommen, so hätten sich auch wohl die innerpolitischen Verhältnisse Englands anders gestaltet.

Wir wünschen, daß die deutsche Bevölkerung Vertrauen zur Reichsregierung gewinne. Das beste muß hierzu aber die Reichsregierung selbst tun. Und gerade deswegen halten wir die beachteten Bemerkungen in der Rede des Reichskanzlers und was mit ihnen prinzipiell verbunden war, für einen tief beklagenswerten Mißgriff. Im Interesse einer gesunden Entwicklung wünschen wir, daß, wie in England, auch bei uns, die große Menge der kleinen Leute in Stadt und Land überwiegend staatsfernhaltend gesonnen sein möge“. Eine so tiefe Feindschaft mit dem Agrariertum aber, wie sie in der Festsprache des Herrn Reichskanzlers zum Ausdruck kam, wird diese wünschenswerte Ent-

wicklung nicht fördern können. Möge die Reichsregierung bald zeigen, daß sie dem Gesamtwohl zu dienen ernstlich gewillt ist. Die liberalen Parteien aber müssen den Reichskanzler deutlich belehren, daß die Zeit einseitiger agrarischer Interessenspolitik gründlich vorbei ist!

Videant consules!

K. G.

Die Eisenbahner vor dem Abgeordnetenhaus.

Rede unseres Redakteurs Abg. Göttschmidt im Abgeordnetenhaus am 9. März 1907; amtliches Stenogramm.

(Schluß.)

Meine Herren, zu den sozialpolitischen Forderungen, die nach Herr v. Bülow gemacht hat, gehört auch die Einführung einer Urlaubsvorschrift. Nach dieser Urlaubsvorschrift sollen, wie der Herr Minister am 6. März mitgeteilt hat, die Hilfsbeamten, die fünf Jahre im Dienst der Verwaltung stehen, einen Urlaub erhalten, der so lang ist, wie der Urlaub der Unterbeamten, deren Stelle sie zu versehen haben, also 4 und 6 Tage; es sollen die Arbeiter einen vierjährigen Urlaub erhalten, wenn sie 7 Jahre, und einen sechsjährigen, wenn sie 10 Jahre im Dienste der Verwaltung sind. Diese Urlaubsvorschrift begrüße ich mit lebhafter Begeisterung. Sie gehörte zu den von mir wiederholt hier zum Vortrag gebrachten Wünschen.

Aber es will mir doch scheinen, als wenn die angeführte Urlaubsvorschrift den dringenden Wünschen nicht ausreichend zu entsprechen vermag. Wenn z. B. ein Arbeiter erst nach 7-jähriger Dienstzeit ein Urlaub von 4 Tagen und erst nach 10-jährigen von 6 Tagen gewährt wird, so scheint mir das in der Tat sehr wenig zu sein. Die Stadt Berlin hat für ihre sämtlichen Arbeiter und unteren Angestellten — für die Beamten besteht eine besondere Urlaubsordnung — einen Urlaub eingeführt für alle, die 5 Jahre im Dienste der Stadt stehen, von einer Woche bei Anwesenheit des Gehalts bezw. des Lohnes. Ich habe wiederholt gebeten, daß man dieses Muster doch auch in der Staatsbahnverwaltung zur Geltung bringen möchte, daß man nach 5-jähriger Dienstzeit einen Urlaub von acht Tagen gewähren sollte.

Meine Herren, dann sieht aber eine Bemerkung in dem Urlaubserlaß des Herrn Ministers, die mir ganz besonders bedenklich erscheint. Es steht nämlich da, daß dieser Urlaub gewährt werden kann. Auf das Wort „kann“ ist hier Nachdruck zu legen. Das will bedeuten, daß die Arbeiter und unteren Angestellten auf diesen Urlaub keinen Anspruch haben, daß die Gewährung dieses Urlaubs vielmehr in das Belieben der Vorgesetzten gestellt wird. Dabei, meine Herren, läuft dann doch manchmal sehr viel von Wohl- oder Unwohlsein, von Gutmütigkeit und Gabe unter.

(Abgeordneter Dr. Göttsch: Sehr richtig!)

Ich möchte daher wünschen, daß das Wort „kann“ aus dem Erlaß des Herrn Ministers beseitigt wird, daß ein für allemal dann der Urlaub bestimmt auch an alle gewährt wird.

Meine Herren, im vorigen Jahre hatte der Herr Minister Epochen zu lauten, weil er die neunstündige Arbeitszeit in den Betriebsämtern eingeführt hat. Das sollte einem Teile der Herren ganz und gar nicht gefallen. Nun, ich bin überzeugt, daß diese Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden in den Betriebsämtern, wo sie bisher durchgeführt worden ist, sehr wichtig ist, daß eine Verbilligung der Leistungen der Arbeiter dadurch nicht eingetreten ist, daß die Arbeiter aber die vermehrte freie Zeit für ihre weitere Ausbildung und auch zugunsten ihrer Familie sehr gut haben verwenden können.

Meine Herren, merkwürdig ist aber, daß in einem anderen Eisenbahnbetriebe in Berlin die Arbeitszeit, die bis dahin 9 Stunden betrug, auf 10 Stunden heraufgesetzt worden ist. Es handelt sich hier um die Reichliche Eisenbahnteilnehmensverwaltung, die bereits seit dem Jahre 1886 die neunstündige Arbeitszeit hatte. Nachdem für die übrigen Betriebsämter die neunstündige Arbeitszeit eingeführt war, ist sie in dieser Betriebsart auf 10 Stunden erhöht. Ich glaube, daß hier ein Versehen vorliegt, ein Mißverständnis der gewollten Absichten des Herrn Ministers, und daß daher es nur dieses Hinweises bedarf, um den Herrn Minister zu veranlassen, diesen Mißgriff wieder abzuheben.

Meine Herren, der Berichterstatter hat auf die nach Steigerung der Löhne der Arbeiter im

arbeiter, weil ihnen die von dem Unternehmerbande gemachten Zugeständnisse nicht genügen. Die Automobilfahrer der Firma Wegag in Berlin haben nun ebenfalls ihren Widerstand aufgegeben und die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen müssen. — In der Lokomobilabteilung der Maschinenfabrik von Lang in Mannheim ist wegen Lohninflationen ein Streik ausgebrochen. — Im Rheingau, wie in Frankfurt a. M., Hück, Offenbach und Hanau sind die Bäckergehilfen in eine Tarifbewegung eingetreten, um die Beseitigung des Rost- und Logiszwanges, Mindestlöhne und einen wöchentlichen Ruhetag als Ertrag für die Sonntagsarbeit durchzusetzen. — Der Streik der Schauerleute im Hamburger Hafen nimmt seinen Fortgang. Die Erbitterung der Arbeiter ist ungeheuer, da täglich aus England „Arbeitswillige“ einströmen.

In Wien sind die Bäckergehilfen mit der Forderung auf Lohnherabsetzung an die Meister herantreten und drohen bei Ablehnung derselben in den Streik treten zu wollen. — Ein Streik der Bäcker besteht auch in Wien, bei dem gegen 8000 Stellen in Betracht kommen. Es handelt sich in der Hauptsache um Lohnforderungen, welche die Meister entschieden ablehnen. Die Brotnot hängt bereits an, sich deutlich bemerkbar zu machen. — Wegen Ablehnung einer Lohnherabsetzung haben die Schiffsjünger in Ropahagen die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen hat die Unternehmerorganisation überall bekannt machen lassen, daß in dieser Woche alle organisierten Zimmer der Schiffswerft in Helsingör ausgesetzt werden sollen, wenn bis dahin der Ausnahm in Ropahagen nicht beendet ist. — In Reich enberg (Böhmen) haben in einer Anzahl von Fabriken die Textilarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt. Im ganzen sind dadurch über 20 Tausend zum Stillstand verurteilt. — Am gestrigen Sonntag sind in Wien die Damenschneider und Schneiderrinnen in den Ausnahm getreten.

Die vielfache Fregamentierung der Gewerksvereiner durch die Gewerkschaften ist jetzt einen entschiedenen Widerstand der Gewerksvereine aus. Im Organ des Gewerksvereins der Tischler „Die Eisenwird zum Schluß eines Artikels über „Die Deutschen Gewerksvereiner und die sozialdemokratischen Gewerkschaften“ ganz mit Recht gesagt:

„Jetzt endlich ist aber auch der Gewerkschaften der Gewerksvereine gerissen, eine neue Aera bricht sich in Gewerksvereinstreiken Bahn, mit Freunden muß jeder wirkliche Gewerksvereiner sein Fregamentorgane der Zentralorgane sein, wenn er nicht, wie sich in allen Gewerksvereinen das Blut erwidert und die Trägheit schwindet, wie man bemerkt ist, dieses Joch abzuschütteln, welches sie zu erwürgen droht. Wahrscheinlich, es war die höchste Zeit, daß der Ueberhebung jener Kreaturen Einhalt geboten wird, und daß auch diejenigen Mitglieder der Gewerksvereine zur Einsicht kommen, welche glaubten, nur durch Ueberbietung und noch tollerem Vorgehen als das der Verbündeten, den Gewerksvereine heben zu können. Ein frischer, fröhlicher und kampfesmutiger Zug weht durch die Gewerksvereinsvereine, von dem Gewerksvereine best, sich frei zu machen von jener vielköpfigen Hydra. Hoffen wir, daß dieser Wind sich stärken möge und zum Orkan auswachse, welcher alles mit sich fortzieht in heller Begeisterung zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse, möge er beitragen, auch jene von den Fesseln zu befreien, welche durch Zwang und Furcht noch in der Knechtschaft der freien Verbände schmachten.“

Der Vorstand des Landesverbandes Evangelischer Arbeitervereine im Erzgebirge Sachsen hat einen für die Evangelischen Arbeitervereine außerordentlich bedeutsamen Beschluß gefaßt, indem er folgendem Antrag der Ortsgruppe Plauen i. S. zustimmte: „Der Landesverband Evangelischer Arbeitervereine gibt seinen einzelnen Verbänden volle Freiheit, ihre Mitglieder den christlichen oder kirchlich-dunkel-schen Gewerkschaften zuzuführen, verwehrt es aber ihnen ebensowenig, Mitglieder anzunehmen, welche die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften mit ihrer christlich-nationalen Gesinnung zu vereinigen vermögen.“

Wachsende Gewerkschaft. Als die furchtbare Geisoldshheimer Brandkatastrophe, der 20 junge Menschen zum Opfer fielen, bekannt wurde, da fragen wir, ob die Fabrikinspektion diesen gefährlichen Betrieb nicht inspizierte und Maßnahmen angeordnet habe, die solchen schweren Unglücken vorbeugen können. Die Fabrik hatte nur einen Ausgang und die Fenster waren mit eisernen Stäben verriegelt, so daß die in solchem Gefängnis eingeschlossenen Menschen, den Tod vor Augen sehend, sich gar nicht retten konnten. Jetzt wird der „Kön. Volkszeitung“ aus dem Reichsland geschrieben, daß der Landesausschuß zu Stralsburg sich am letzten Donnerstags mit jenem Vorgange beschäftigt hat.

Nach den Ausführungen des Untersuchungssekretärs Wandel soll den Gewerkschaftsbeamten keine Schuld

treffen. Derselbe habe etwa fünfviertel Jahre vorher den Betrieb revidiert, ohne etwas Unrechtmäßiges feststellen zu können. „Daß der Beamte innerhalb fünfviertel Jahren nicht wieder nachgegangen hat, ist nichts Auffallendes; bei der Anzahl der zur Verfügung stehenden Beamten kann ein Betrieb in der Regel sogar nur alle drei Jahre nachgesehen werden.“

Hier liegt tatsächlich die Wurzel des Uebels. Eine Vermehrung der Gewerkschaftsbeamten ist in Uebst-Vorkommen dringend nötig. Schon 1902 hieß es im Bericht der Oberösterrischen Aufsichtsbeamten: „Die Fabriken und gleichgestellten Anlagen konnten nur dem jetzigen Personal durchschnittlich alle 4 Jahre einmal besucht werden. Sollen die Handwerksbetriebe, für welche der Bundesrat besondere Vorschriften erlassen hat, in annähernd gleichem Maße wie die Fabriken revidiert werden, so kann im Durchschnitt jeder Betrieb nur alle sechs Jahre besucht werden.“ Dadurch gehe die geleistete Arbeit häufig ganz verloren. „Kommen wir nach einer längeren Pause wieder in den Betrieb und hoffen unsere Anregungen erfüllt zu finden, so finden wir statt dessen neue verantwortliche Betriebsleiter, die natürlich von den Abmachungen nichts wissen und als junge Leute oder Ausländer die Vorschriften oder Forderungen durchaus nicht kennen.“ Das trifft heute noch mehr zu wie früher, denn die Zahl der Fabriken und gleichgestellten Anlagen hat sich vermehrt, jene der Aufsichtsbeamten aber ist sich gleich geblieben. Die Folge ist, daß die gesetzlichen Vorschriften vielfach außer acht gelassen werden. Seit 1891 haben wir den gesetzlichen Festfundentag für Arbeiterinnen. In manchen Bogenländern, insbesondere auch im Braunschweig, werden diesem ungenügend die Arbeiterinnen über noch 11 1/2—13 Stunden beschäftigt. Die in der Arbeitsordnung vorgesehene Arbeitszeit wird ebenfalls eingehalten wie die für die jugendlichen Arbeiter bestimmten Pausen. Auch die Durchführung der hygienischen, sowie Unfallverhütungsvorschriften, läßt nicht selten alles zu wünschen übrig. Wird nach Jahren der Betrieb mal revidiert und der Arbeitgeber wegen begangener Unregelmäßigkeiten zur Rechenschaft gezogen, dann ist die Strafe in der Regel nach dem geringen, daß sie keineswegs als Abschreckungsmittel bezeichnet werden kann. Nach einiger Zeit beginnt der alte Söldner wieder, und bis zur nächsten Revision hat der Arbeitgeber, trotz der erlittenen Strafe, wieder durch die Uebertretungen ein gutes Geschäft gemacht. Offenlich sorgen Landesausbau und Regierung dafür, daß diesen Uebeltätigkeiten durch Vermehrung der Aufsichtsbeamten baldigt gesiebert werde.

Ueber Unstimmigkeiten im sozialistischen Lager Belgens, hervorgerufen durch die Niederlage der deutschen Sozialisten bei den letzten Reichstagswahlen, die allmählich im Schoße der belgischen Sozialistenpartei eine herbe Reue hervorgerufen, wird der „Kön. Ztg.“ aus Brüssel geschrieben, daß der Vandalende, der sich im Januar in Wiesbaden von einem rheumatischen Leiden erholte, von dort her dem Reichskanzler eine denkwürdige Wahlrede abgelesen habe, welche sich nachträglich genügt gelassen, philologische Betrachtungen über die anfänglichen Entwürfe und Verfolgungen, Niederlagen und Räte des Christentums anzustellen, um sich und seine Parteigenossen über das Mißgeschick hinwegzuhelfen. Senator Picard (ebenfalls Sozialist) erwiderte jedoch auf diesen diplomatischen Versuch mit brutaler Offenheit, indem er die deutschen Sozialisten wegen ihrer dogmatischen antinationalen Politik für ihre Niederlage verantwortlich machte. Er hatte sogar für die Führer der belgischen Sozialistenpartei warnende Worte und legte es ihnen im Interesse der Partei selbst nahe, von ihren groben Angriffen gegen den König, die Kolonialpolitik und sogar die Religion abzusehen. Für seine fortschrittlichen Anschauungen wurde er vor einigen Tagen von einem kollektivistischen Abgeordneten mit dem Namen „bühlicher Charlatan“ behaftet, was für er im Zentralorgan der Arbeiterpartei mit einem „Eingeländergutachten“ das hincirgend höchst wichtig. Eine ähnliche Antwort würde Herr Picard dem zu Ende dieses Monats stattfindenden Kongreß der belgischen Arbeiterpartei erteilen, wenn ihn die Befürworter einer strengen Parteidisziplin ächten oder tadeln würden.

Weniger bedeutende Gewerksvereine, wie die Antwerpener Diamantarbeiter, die Textilarbeiter von Serviers, die Glasarbeiter von Lobelinsart und die Schriftsetzer scheinen nicht geneigt, das harte Joch der Klassenkampfpolitik länger tragen zu wollen. Die Verhandlungen des Landeskongresses der Gewerksvereine, der gestern (12. März) im Brüsseler Volkshaus tagte, ließen diese Stimmung deutlich erkennen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Festsetzung der Satzungen eines Landesauschusses der Gewerksvereine. Doch schon bei der Wahl eines Landnames für den erst in Leben zu ruhenden Verband waren bei den Vorverhandlungen die sozialistischen und die unabhängigen Gewerksvereiner heftig aufeinandergeplatzt, worauf die

stärksten unabhängigen Arbeiterverbände dem Kongreß fernblieben. Um den unabhängigen Arbeitern für die Folge den Beitritt zu dem Ausnahm der Sozialdemokraten und der unabhängigen Berufsverbände zu ermöglichen, gab schließlich der Generalsekretär, Abg. Ansele, folgende verballhornte Begriffsbestimmung vom Klassenkampf: „Der Arbeiter betrachtet seine Arbeiter als Rohmaterial wie das Eisen, das Holz oder die Baumwolle. Der Gewerksvereiner aber erklärte ihm: Ich verbiete dir, mich als eine Ware zu behandeln. Du bist kein absoluter Herrscher und ich kämpfe gegen dich. Das ist der Klassenkampf.“ Daß dieser Vortrage werden die Sozialisten kaum einen dankenden unabhängigen Arbeiter einfangen.

Es ist jedenfalls sehr erregend, daß sich die belgischen Gewerksvereine frei machen wollen von der sozialdemokratischen Vormundschaft. Ein Teil der Gewerksvereine hat es schon früher getan.

Die 8. Volksversammlung der General-Intendantur der Königl. Schauviele findet am Mittwoch, den 27. März, abends 8 Uhr, im Reuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Das goldene Kreuz“. Oper in zwei Akten nach dem Französischen von H. Rosenthal. Musik von Ignaz Brüll. Der Billeterverkauf ist von Sr. Erzellen dem Herrn General-Intendanten von Hülßen dem Verein für Volksunterhaltungen übertragen worden und findet in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins statt.

Die 350. Versammlung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 24. März, nachmittags 3 Uhr, im Vorzug-Theater statt. Zur Aufführung gelangt: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Komische Oper in drei Akten nach Schafpeare von H. S. Rosenthal, Musik von Otto Nicolai.

Gewerksvereins-Zeil.

§ Gegen i. Westf. Wir müssen uns in die Öffentlichkeit stützen! Den Arbeitern der „Gagner Textil-Industrie“, insbesondere aber den Arbeitern der Druckerei dieser Firma, will es nicht gelingen, auf gültigem Wege eine bessere Behandlung und besseren Lohn zu bekommen. Darum müssen wir es mit der Öffentlichkeit versuchen. Ein wahrer Aktivismus herrscht speziell in der Druckerei. Seit einem Jahr fehlt es an Hilfsarbeitern. Darum sind den Druckern Italiener als Hilfsarbeiter beigegeben. Dies wäre an und für sich nicht schlimm; aber wie werden die Italiener entlohnt? Nichts besser als die heimischen Arbeiter! Es sind a. B. 6—7 Drucker, die unter dem Lohne der Italiener stehen. Und was die heimischen Hilfsarbeiter anbelangt, so werden diese bei 11 stündiger Arbeitszeit mit 2.40 Mk. höchstens mit 2.60 Mk. Tagelohn bezahlt, während die Italiener mit 2.60 bis 10 stündiger Arbeitszeit wöchentlich 27—33 Mk. ausbezahlt erhalten. Nimmt es da ein Wunder, wenn die Firma über Hilfsarbeiter klagen muß! Und dann äußert sich noch ein Drucker den fleißigen Arbeiter gegenüber: ein Italiener ist mit lieber, wie zwei heimische Arbeiter! obendrein noch zum Gohr der Menschheit geht der Betriebsdienst, wenn ein Wagaon Italiener ankommt, diesen entgegen, wenn er mit einem Handruder willkommen, und freut sich, daß er dadurch schon wieder ein paar heimische Arbeiter, die Steuern aufbringen müssen, unterdrücken kann. (Der Betriebsdienst ist Franzose.) Aus einer Aufzählung ergibt sich, daß bei den 25—30 Italienern, die bei der Firma arbeiten, die Firma wöchentlich 200—375 Mk. mehr ausgibt, als für dieselbe Anzahl heimischer Familienmitglieder und Steuerzahler. Das hat die genannte Firma im vorigen Jahre gemacht und in diesem Jahre macht es wieder so, also legt sie doch offen und klar zutage, daß sie in der Lage ist, bessere Löhne zu zahlen, da sie es doch wahrhaftig kein Wunder, wenn fleißige Arbeiter ein oder zwei Tage der Arbeit fern bleiben, um zu versuchen, andere Arbeit zu finden, was aber die Firma als Kautelerie und Klugmaden auslegt. Von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr (und das den ganzen Sommer durch) ist geschuftet worden, was 12 x 25 Pfg. = 3 Mk. ergibt. Da braucht man sich nicht mühen zu wundern, wenn heimische Arbeiter dem Werke fern bleiben. Man zahle und behandle die fleißigen Arbeiter so wie die italienischen, dann wird es nicht an einheimischen Arbeitern fehlen. Ein Teil der Arbeiter der Firma gehört auch den kirchlich-dunkel-schen an. Es wäre sehr zu wünschen, wenn endlich einmal die große Masse der Arbeiter ihr eigenes Leben und die Zurücksetzung einsehe und sich dieser Organisation anschließe, daß dann endlich einmal den überhandnehmenden Mißständen abgeholfen werden könnte. Darum am zum Kampf uns Brot!

§ Sprettan. Eine grenzenlose Wut hat die Sozialdemokraten erfaßt, veranlaßt durch den Bericht des vielen Manbote. Um nun die Wut an irgend etwas auszulassen, fallen sie in Nr. 9 der „Kriegsarbeiterzeitung“ über die Gewerksvereiner her. Nach ihrer Ansicht ist es absolut unbegreiflich, daß die Gewerksvereiner in Danzig die „Hochzeit“ befehlen konnten, für den liberalen Kommissar eintreten. Als ein Verbrechen wird es weiter bezeichnet, daß die Gewerksvereine in Elbing bei der Stichwahl, welche zwischen dem Konservativen und dem Sozialdemokraten stattfand, Wahlenthaltung proklamirten. Obgleich dies nun von dem Standpunkt aus, auf dem wir als Gewerksvereiner stehen, selbstverständlich ist, so können es diese Leute nicht unterlassen, uns hierfür maßlos anzuzurechnen. Wie muß es da ein mittelloses Mädchen herausfordern, wenn man das Verhalten der Sozialdemokraten im Wahlkreise Sagan-Sprettan betrachtet. Hier fand Stichwahl statt zwischen Konservativen und liberal. Was was geschah

Eisenbahnbetriebe hingewiesen, hinter denen die unteren Beamten erheblich zurückblieben. Das letztere kann ich ja bestätigen. Die unteren Beamten beziehen in der Tat zu geringe Gehälter. Aber, meine Herren, es lag kein Grund vor, nun zu räumen, daß die Löhne der Arbeiter erheblich gestiegen sind. Soweit die Statistik, die bis zum Jahre 1905 reicht, was darüber Auskunft gibt, sind die Löhne der Arbeiter in Preußen im inneren Dienst von 1904 bis 1905 von 2,80 bis 2,85 Mk. gestiegen, für die Betriebsarbeiter von 2,76 auf 2,84 Mk. gestiegen, für die Bahnunterhaltungsarbeiter von 2,84 auf 2,91 Mk., für die Hilfskräfte im unteren Dienststande von 2,09 auf 2,18 Mk., für die Werkstattarbeiter im Lagedienst von 3,65 auf 3,79 Mk. und im Ständedienst von 4,16 auf 4,23 Mk.; für die handwerksmäßig ausgebildeten Werkstatt- und Handarbeiter ist der Lagedienst von 2,88 Mk. auf 2,88 Mk. gestiegen und im Ständedienst von 3,47 Mk. auf 3,52 Mk. Werden die gesamten Kategorien, auch die, die ich hier nicht nennend habe, zusammen getan und dann der Durchschnittslohn herausgerechnet, dann handelt es sich um eine Steigerung von 2,82 auf 2,89 Mk. Meine Herren, ich zweifle, ob in dem darauf folgenden Jahre die Erigerung eine größere gewesen ist. Der Herr Minister wird uns vielleicht darüber Auskunft geben können; zu wünschen wäre es.

Wenn wir aber berücksichtigen, meine Herren, wie die Lebenskosten — ich weiß schon bei anderer Gelegenheit einmal darauf hin — in den letzten Jahren gestiegen sind, dann spielen doch durchschnittliche Lohnsteigerungen von wenigen Pfennigen pro Tag gar keine Rolle. Durch eine so mäßige Lohnverbesserung kann die ungebührliche Verteuerung der Lebensverhältnisse unmöglich auch nur einigermaßen ausgeglichen werden, und daher waren sehr viele sowohl der unteren Beamten wie der Arbeiter unserer Staatsbetriebe gezwungen, trotz der angeblich bedeutenden Lohnsteigerung, um mit dem Herrn Reichsminister zu sprechen, ihre Lebenshaltung herabzusetzen.

Meine Herren, die Dienstbahn der Beamten ist, wie ich schon früher, wenn auch nicht sehr erheblich, so doch wiederum etwas zurückgegangen. Die Eisenbahnverwaltung hat aber die Monatsmehrlöhne, wenn sie die Arbeitsdauer berechnet, einen Prozent auf 30 Arbeitstage festzusetzen. So wird, wie es in der amtlichen Trudelsache heißt, die Dauer der einzelnen Dienstfahrten unter Jugendbegleitung des zur Zeit der Verichterstattung gültigen Dienstamtes berechnet, wenn bestimmungsgemäß die Zulässigkeit eines Monatsdienstes nach der Höhe der taglichen Dienstbahn, wo die monatlichen Durchschnittslohn der durchschnittlich taglichen Dienstbahn richtet, der Dienst in der Weise ermittelt, daß die Gesamtzahl der Stunden, die im Laufe eines Monats ein Bediensteter im Dienste verbracht hat, durch die Zahl der Monatslöhne, 30, geteilt wird.

Meine Herren, wenn wir das berücksichtigen, dann kommen doch sehr beträchtliche erhebliche Dienstzeiten heraus. Um hier das Komplexionale einmal herauszugreifen, haben wir doch nach dem Durchschnitt von 30 Tagen Dienstbahn, von mehr als 9¹/₂ bis 10 Stunden bei 12 669 Komplexionären, während 1899, wo die letzte Ziffer berechnet worden ist, nur 5231 Führer diese Dienstbahn hatten. Wenn ich nun auch die inzwischen eingetretene sehr erhebliche Vermehrung des Personals in Rechnung stelle, so dürfte doch — das geht aus dem ganzen Zahlenwerk hervor — für die Beamten der Jugendlehre eine immer noch zu lange Dienstbahn bestehen.

Die Eisenbahnverwaltungen in den Betriebsverhältnissen sind endlich dahin gekommen, daß man ihr Anfangsgehalt von 1200 Mk. auf 1400 Mk. erhöht hat. Das bisherige Endegehalt von 1800 Mk. soll aber unverändert bestehen bleiben. Es soll außerdem das Endegehalt viel früher in 12 Dienstjahren erreicht werden. Es müssen also, da das Gehalt mit 1400 Mk. anfängt, die Erziehungslöhne entsprechend höher bemessen werden. Die Erhöhung des Anfangslohns bringt keinen erheblichen Vorteil, da das Endegehalt daselbst bleibt. Die Eisenbahnverwaltungen, die aus den Handwerken der Werkstätten hervorgehen, haben sehr erhebliche Dienstleistungen zu vollbringen. Es wird an Kenntnissen, Fähigkeiten, an Loyalität, und zwar auch im Verkehr mit den von ihnen zu leitenden Arbeitern, sehr viel verlangt, und ich glaube, man entschädigt für nicht ausreichend mit einem Endegehalt von 1800 Mk. Die Erhöhung des Anfangslohns kommt nur einem ganz kleinen Bruchteil von ihnen zugute, weil die meisten von ihnen sich bereits in den höheren Gehaltsstufen befinden und daher von dieser ganzen Veränderung praktisch gar keinen Nutzen haben. Ich möchte wünschen, daß auch diese Frage eine ausreichende Berücksichtigung findet, wenn die allgemeine Revision der Gehälter und Remunerationen vorgenommen wird.

Meine Herren, ich will Ihre freundliche Aufmerksamkeit nicht länger in Anspruch nehmen. Aber die Frage, wie die Verhältnisse der Arbeiter und der Angehörigen im Eisenbahnbetrieb gestaltet werden, ist ungebührlich wichtig. Der Herr Abgeordnete v. Bodelschwing hat den Herrn Minister dahin sofort zu machen versucht, daß er sich die Frage anlehnend und dafür Sorge, daß sozialdemokratische Bestrebungen im Eisenbahnbetrieb nicht aufkommen. Ja, wir alle haben den Wunsch, daß sozialdemokratische Bestrebungen nicht nur nicht im Eisenbahnbetrieb, sondern überhaupt nicht aufkommen. Wenn wir das aber wollen, dann genügt es nicht, mit drastischen Mitteln zu kommen, sondern dann muß man dafür sorgen, daß die Ursachen der Unzufriedenheit, die der sozialdemokratischen Agitation immer wieder Nahrung und Stoff geben, beseitigt werden.

(Sehr richtig! bei den Preßingen.)
Der Herr Minister hat in seiner Rede auch gesagt, daß er gegen einen süddeutschen Eisenbahnverein eingetreten sei, weil sich dieser mit einer sozialdemokratischen Leitung und Organisation in Verbindung gesetzt habe. Ja, meine Herren, dieselbe Unzulässigkeit, die hier die Eisenbahnverwaltung an den Tag legt, finden wir bei der Sozialdemokratie selbst wieder, die in den Betrieben, wo sie in der Mehrheit sind, Andersdenkende auch nicht duldet. Ich möchte das aber weder in dem einen noch in dem

anderen Fall billigen; denn es will mir scheinen, daß solchem Vorgehen doch ein zu geringer Respekt vor der persönlichen Ueberzeugung zugrunde liegt. Es ist auf das schärfste zu verurteilen, wenn die Sozialdemokraten Andersdenkende verhöhnen und ihnen die Arbeit in den Betrieben unmöglich machen, sofern diese nicht auch der betreffenden sozialdemokratischen Organisation beitreten. Das muß auf das bedauerlichste und mit den rechten Mitteln bekämpft werden. Aber die Eisenbahnverwaltung macht es, wie wir sehen, hier nicht anders, sie macht es nur umgekehrt, sie duldet keine Sozialdemokraten.

Mit einem Wort möchte ich dann noch zurückkommen auf Herrn Kollegen v. Brandenstein. Er hat gestern in einer Rede gegen die Arbeiterparteien auch hingewiesen auf die Wohnungsverhältnisse in Berlin. Daß ich dieses weite Gebiet bei diesem Titel nicht behandeln kann, liegt klar auf der Hand.

(Sehr richtig! rechts)
Ich sah an- und, daß der Herr Präsident schärfer zuhört, ob er vielleicht nicht Anlaß hätte, die Glocke klingen zu lassen; ich will also das ganze Gebiet hier nicht erörtern. Wenn aber Herr v. Brandenstein einmal Zeit hat, dann laßt ich ihn ein, auch Herrn Kretz, mit mir durch Berlin zu gehen, und dann will ich ihn die Wohnungen zeigen, auf die ungefähr seine Klagen zu beziehen sind. Das sind die Wohnungen, die sich in den alten feinfälligen Gebäuden, beispielsweise in der alten Stadtküche, und in den ehemaligen Kasernen befinden, die jetzt zu Wohnzwecken vermietet werden. Da finden Sie das alles, was Sie mit uns zu bekämpfen haben. Auch das Berliner Wohnungswesen ist gewiß noch verbesserungsbedürftig.

(Sehr richtig! rechts)
Und wir sind erstlich darum bemüht; aber wenn Sie Vergleiche ziehen mit anderen Städten und die Arbeiterwohnungen in Berlin einmal näher ansehen wollten, würden Sie finden, daß die Dinge doch nicht ganz so greulich darschallig zu werden verdienen, wie es Herr v. Brandenstein gestern getan hat, der meinte, daß wir alle Ursache hätten, statt immer von der Kultur der Großstadt zu sprechen, uns einmal ordentlich zu schämen. Nein, zu schämen brauchen wir uns der Großstadtkultur nicht. Die Großstadtkultur bringt auch ihren Segen auf das platte Land.

(Lachen rechts.)
Ganz gewiß, meine Herren! Ohne die Großstadtkultur würden wir, wie ich glaube, manche Kulturfortschritte überhaupt gar nicht aufzuweisen haben.

(Sehr richtig! bei den Preßingen.)
Die Arbeiterwohnenarten selbstständig beibehalten werden, auch in der Form, in der sie jetzt bestehen. Herr v. Brandenstein wünscht, daß man nur Arbeiterwohnenarten heraushebe von Berlin — er sprach meistens von Berlin — nach den Vororten und nach den weiter entlegenen Vororten, aber das mag nicht unangebracht auch diese Wohnarten nach Berlin gelten lassen dürfte. Er meinte, daß auf diese Weise die Arbeiter draußen zu halten seien. Das wird nicht der Fall sein. Es hat schon gestern der Abgeordnete v. Büllinger eine ganze Reihe von Gründen angeführt, warum die Arbeiter trotzdem lieber in der Großstadt wohnen, vor allem, weil sie die mehr Arbeitslosigkeit für ihre Familienmitglieder haben. Auf einen Grund hat der Abgeordnete v. Büllinger nicht hingewiesen, und deswegen möchte ich diesen denjenigen hinzufügen. Er hat nicht hingewiesen auf die Tatsache, daß die Arbeiter das Bedürfnis haben, ihre Kinder in eine gute Schule zu schicken. In den weit entlegenen Vororten liegt es natürlich mit dem Schulwesen noch sehr im Argen. Die Arbeiterfamilien wissen heute in Berlin, und wie ich hoffe, auch anderwärts viel besser zu schätzen, was eine tüchtige Bildung für das Fortkommen bedeutet.

(Sehr richtig! bei den Preßingen.)
Deswegen legen sie ganz naturgemäß großes Gewicht darauf, daß ihre Kinder in eine gute Schule gehen. Der Herr Minister würde diesen Bildungstrieb unter den Arbeitern einfach niederzuschlagen mit gewaltsamen Mitteln, wenn er den konserativen Wünschen gemäß handelte. Ich weis nicht, ob die ganze Reaktion die Ansicht teilt, die Herr v. Brandenstein vortragen hat, der die Arbeiterwohnenarten aufheben wollte.

Meine Herren, der Herr Minister wird unsere Unterstüßung, unsere lebhafteste Unterstützung, darf ich sagen, immer haben, wenn er mit Energie darauf dringt, die Lage der Eisenbahnen besser und immer weiter zu verbessern. Auf allen diesen Gebieten wird er niemals eine Ablehnung bei uns erfahren, wenn er mit Ansprüchen auf Bewilligung im Etat an uns herantritt. Denn wir sind sicher, alles das, was aus den reichen Ueberflüssen der Eisenbahnverwaltung zur Durchführung einer wichtigen, erster Sozialpolitik aufgewendet wird, trägt reichen Segen.
(Bravo)

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 19. März 1907.

Wo stehen die Dummköpfe? Zur Breslauer Gewerbegerichts hat die 3 Organisationen Listen eingereicht, wobei sich dann herausstellte, daß allein die Liste der Gewerbevereine den gesetzlichen Ansprüchen Rechnung trug, während die Listen der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften für ungültig erklärt wurden. Unsere Breslauer Verbandsorganisation wollten die anderen beiden Organisationen unter den Fehlern ihrer Beamten nicht leiden lassen und erklärten sich daher bereit, den freien Gewerkschaften 20 und den christlichen Gewerkschaften 11 Beisitzerstellen zu überlassen, während wir selbst 20 Stellen belegen wollten. Dem Gewerkschaftsrat war davon Mitteilung gemacht mit der Bitte, den christlichen Gewerkschaften von der Entscheidung unserer Verbandsorganisation Mitteilung zu machen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften aber belogen die Christlichen in unverständlicher Weise, indem sie

behaupteten, die Gewerbevereine hätten ihnen ¹/₃ der Sitze abgegeben und es ihnen überlassen, ob und wieviel sie davon den Christlichen abtreten wollten. Darüber zur Rede gestellt, wurden die „Zielbewußten“ noch frech und verlangten für sich allein ¹/₃ der Sitze! Auf die vom Kollegen Straßfeld an den Leiter des sozialdemokratischen Kartells, Herrn Brosig, gerichtete Frage, wie viel würden Sie uns abgegeben haben, wenn Sie eine korrekte und wir eine fehlerhafte Liste eingereicht hätten? Darauf antwortete Herr Brosig: „Nichts!“. Jetzt blieb uns, da wir bereits den Christlichen Mitteilung gemacht hatten, daß ihnen 11 Sitze abtreten sollten, nichts anderes übrig, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz abzulehnen. Denn hätten wir ihnen ¹/₃ aller Sitze abgegeben, so wären wir selbst fast ganz leer ausgegangen. Wenn die Herren Sozis 20 Sitze für zu wenig erklärten, so konnten sie eben gar keine bekommen.

Jetzt kämpft man über uns in der bei den Sozialdemokraten üblichen Weise und bespöttelt sogar die Freiheit zu behaupten, daß unsere Liste mit Ausnahme weniger nur ganz unfähige Leute aufweise, die das Amt gar nicht ausführen in der Lage wären. Das ist natürlich eine Verleumdung! Die Dummköpfe müssen jedenfalls doch wohl auch bei den Gewerkschaften nicht ganz rar sein, denn sonst hätten sie keine unglückigen Listen eingereicht. Die Frage, wo die Dummköpfe sitzen, ist daher leicht zu beantworten.

Massenunglücke über Massenunglücke erschauern die Welt! Auf der Grube Klein-Roslein im lothringischen Saarevier fanden infolge Schlagender Wetter am Freitag abend 67 Bergleute den Tod. Von den Schwerverletzten sind bereits mehrere gestorben, so daß die Zahl der Toten bis jetzt 78 beträgt. Der Grube wird nachgerühmt, daß sie in guter Verfassung gewesen sei, sonst würde das Unglück noch einen größeren Umfang angenommen haben. Der Kaiser sandte an den Statthalter ein Telegramm, worin er seiner Trauer und wärmsten Teilnahme Ausdruck gab.

Die braven Bergleute, die in der Erfüllung ihrer Pflicht den Tod gefunden haben, werden von dem Vaterlande betrauert als heldenhafte Opfer ihres der Gesamtheit dienenden Berufes.

Am Sonnabend morgen kamen 22 Bergleute im Raufschicht der Grube „Gerhard“ im Saargebiet dadurch zu Tode, daß das Seil riß und die Förderseile mit den 22 Mann in den Schacht hinabstürzte. Hier handelt es sich wieder um ein finanzielles Unglück. Es wird behauptet, daß das Seil schon derart schadhaft gewesen sei, daß es bereits am Sonntag erneuert werden sollte. Trifft diese Behauptung zu, so liegt ein unbestreitbares Verhalten der Verwaltung dieser Grube vor, wenn das Seil nicht mehr ganz brauchbar war, also nicht mehr die nötige Sicherheit bot, so mußte es sofort erneuert, jedenfalls seine weitere Benutzung eingestellt werden. Der Minister für Handel und Gewerbe entsandte sofort einen Kommissar zur Unglücksgrube.

Arbeiterbewegung. Will in einem Betriebe

W. Gladbachs gegen 200 Textilarbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt haben, ist laut Beschluß des Vereins der Textilindustriellen in 60 Fabriken mit rund 10 000 Arbeitern der Arbeitseinstieg gründigt worden. Inoffen wird in einer in sämtlichen Betrieben ausgehenden Mitteilung die Erwartung ausgesprochen, daß der Streitfall durch weitere Verhandlungen beigelegt und der Stillstand der Werke vermieden werden kann. — Eine gewaltigen Umfang droht auch die Bewegung im Schneidgewerbe anzunehmen. Der Arbeitgeberverband hat nämlich den Beschluß gefaßt, in etwa 40 Städten die Gewerkschaften auszusperren, wodurch 15 000 Arbeiter auf die Straße geworfen würden. — In der Lohnbewegung im Berliner Tapeziergewerbe ist es auch bisher noch zu keiner Einigung gekommen, da die Gehälter die von den Meistern gemachten Zugeständnisse als unzulänglich zurückgewiesen. — Differenzen bestehen auch in der Damenkleiderbranche in Leipzig. Die angeführten Einigungsverhandlungen haben kein Resultat erzielt, da die Unternehmer die Festsetzung eines Mindestlohnes und die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden ablehnen. — Auch die in der Leipziger Holzindustrie eingetretene Tarifbewegung scheint einen ernsteren Charakter anzunehmen, da die Arbeiter in dem von den Unternehmern angetragenen Tarifvertrag eine wesentliche Verschlechterung erblicken und entschlossen sind, ihn auf alle Fälle abzulehnen. — Eine Bewegung der Böttchergehilfen ist in Erlangen ausgebrochen, die in Anbetracht der herrschenden Leertagsverhältnisse eine Erhöhung des Wochenlohnes um 3 Mk. und die Vergütung der Leertagsstunden mit 50 pCt. Zuschlag verlangen. — Im Baugewerbe von Nürnberg und Fürth ist es nach langwierigen Verhandlungen geglückt, einen bis 1910 gültigen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, der bei 9¹/₂stündiger Arbeitszeit eine Erhöhung der festgesetzten Minimallohne gewährt. — In den Streitigkeiten sind in Berlin die Präseiltransport-

Verbands-Zeil.

Brandenburgisch-Niederdeutscher Wandbreitungsbund.

Protokoll der Vorstandssitzung vom 4. März 1907 im Besitze des Herrn H. Jähnchen, Kirchplatz. Anwesend der gesamte Vorstand, sowie als Gäste Herr und Frau Hubig.

Der Vorsitzende eröffnet um 8 1/2 Uhr die Sitzung; in die Tagesordnung eintrifft, wird die eingegangene Korrespondenz zur Kenntnis gebracht. Berichte über geleistete Arbeiten liegen vor von H. Altemann-Walkmü, H. Bartels-Kollbus, H. Kallisch-Epremerberg, welche betrieblichen entgegengenommen werden.

Angemeldet hat sich der Ortsverein der Töpfer und Biegler zu Dandach bei Sommerfeld und wird herzlich willkommen geheißen. Kollege Habermann-Kollbus ist beauftragt, beim ersten Stiftungsfest zu Dandach die Rede zu halten.

Die Vertretung der Konferenz zu Groppe ist H. Neugebauer übertragen.

Im Monat April sollen in Drebkau und Gopertwerda größere Versammlungen abgehalten werden. Kollege Altemann soll sobald als möglich die Vereine Ketzsch a. D. besuchen.

H. Neugebauer, H. Kallisch, Vorsitzender, Kassierer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste willkommen.

Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal) Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 23. März.

Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Ab. 8 1/2 Uhr bei Gohlke, Reusth. 22. Vortrag des Kollegen Joseph.

Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr bei Lehmann, Wallquertstr. 1. D. Anträge zum nächsten Verbandstag u. a. Billigt-Abrechnung.

Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Ab. 8 1/2 Uhr bei Hall, Köpenickerstr. 1. Vortrag des Kollegen Traber. Thema: Kronenstift, Latte. Bericht v. d. Romd. u. a.

Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 Uhr Jahlabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Abrechnung der Mittel des Rosenbals. — Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Die Versammlung, am 23. März fällt der Rosenbals wegen aus. Dafür am Sonntag, 25. März, ab. 8-10 Uhr Jahlabend im Vereinslokal, Bergstr. 69.

Orts- und Bezirksverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nach den 4-5 1/2 Uhr, im Besitze des Herrn Will. Schulte-Wattler, Distriktsrat. — Nachen (Distriktsrat). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Balbert, „Jägerhof“. — Cottbus. Norddeutscher Wandbreitungsbund.

hier? Die Sozialdemokraten proklamieren Wahlenthaltung, ja, noch nicht genug damit, sondern passive Wahlverweigerung haben wir in unserer Gegen. Klein in Sagan wählte 400 Sozialdemokraten in der Stichwahl. In anderen Orten, abgesehen von dem gleichen Verhalten in anderen Orten des Wahlkreises. Was sagt da die „Metallarbeiterzeitung“ zu dem Verhalten ihrer eigenen Genossen? Da heißt doch für diese „Steilbewegter“ das schon so oft zitierte Versehen recht schön:

Vertrauen die Zeit, verlieren das Denken, und mache stets ein Schicksal. Weg dich von jedem Bode leiter, Wenn er dich führt, dann mußt du nicht! Was Salomon, Verbandschriftführer.

Niederlande. Ein polizeilicher Hebergriff. Am 18. November 1906 fand hier eine außerordentliche Gewerksvereinsversammlung statt. Als Redner war der Bezirksbeamte, Kollege Wolf-Stein, anwesend. Als überwachender Beamter war Wachtmeister Heller erschienen. Derselbe forderte den Vorsitzenden auf, die anwesenden Frauen, welche aber ebenfalls Mitglieder der Gewerksvereinsvereine sind, aufzufordern, das Lokal zu verlassen. Trotzdem Kollege Wolf darauf hinwies, daß die Frauen berechtigt sind, der Versammlung beizuwohnen, beharrte der Beamte bei seiner Ansicht und mußten die Frauen den Saal verlassen. Die eingeleitete Verhaftung nahm folgenden Verlauf: Von der Polizeiverwaltung Niederlande wurde sie zwei-mal zurückerufen und die Handlungsweise des Beamten als gerechtfertigt anerkannt. Darauf beschwerte sich der Ortsverein Niederlande beim Kgl. Landrat. Dort wurde die Handlungsweise des Beamten als ungerecht angesehen und ist nach folgender Bescheid zugegangen:

Niederlande, den 14. 1. 07. Die Versammlung am 18. November 1906 war als Mitgliederversammlung angemeldet. Die Entlassung der Frauen, bevor noch über Billigt gesprochen war, entspricht nicht den beizuliegenden Bestimmungen. Ich erlaube, die überwachenden Beamten zur Befolgung für die Zukunft entsprechende zu belehren.

Die dortigen Vorgänge erfolgen zurück. In die Polizeiverwaltung hier.

Ab schrift als Bescheid auf den Antrag vom 31. Dezember 06. (Name unleserlich.)

In den Anstufen des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-D.) J. G. des Herrn A. Grotte, hier.

Dieses beweist zur Genüge, daß Verleumdungen in ihrer Natur nicht im Verstande oft das Wesen selbst über-treiben.

Der D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Verband. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Distriktsrat im Lokal Grotte, Schiffstr. 9a. Gäste willkommen. — Rosenow. Rosenow (Ortsverband). Freitag, 29. März, vorm. 9 Uhr, Ortsverbandssammlung bei Regel, Lindenstr. 31.

Literatur.

Der „Regulator“ schreibt:

Eine kurz gefasste Geschichte der Deutschen Gewerksvereine, vom Kollegen Goldschmidt verfaßt, ist jedem Ortsverein in zwei Exemplaren zugegangen. Bei dem Abdruck der Rezension und angeheißt der Notwendigkeit, die Mitglieder der Gewerksvereine immer selbständig im Denken zu machen, sollten die Ortsvereine, wenn sie mit allem Eifer dafür wirken, daß die Geschichte Goldschmidts in die Hände recht vieler Kollegen gelangt und aufmerksam gelesen wird. Es finden sich, besonders durch die Darstellung der Verhältnisse vor der Gründung der Gewerksvereine, ganz neue Sachen, die bis jetzt noch nirgends veröffentlicht sind. Zur Agitation und zur Besprechung in den Ortsvereinsversammlungen eignet sich das Werkchen sehr gut. In jedem Ortsverein gibt es eine Anzahl Kollegen, die so kritisch sind, das geringe Opfer für Anschaffung der Schrift sich leisten zu können. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereine 1 Exemplar 50 Pfg., je ein Exemplar 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.; Zusendung franco. Betrag vorher einzulösen an Verbandskassierer Hub. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223. Aufgabe der Ortsvereinsvereine ist es, das Interesse der Mitglieder in geeigneter Weise für die Anschaffung zu werden und die Anschaffung zu erleichtern.

Ein zweites Werk: „Die Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine“, vom Kollegen Gleichauf verfaßt, erscheint noch im Laufe dieses Monats durch den Buchverleger der „Gilde“ in Schöneberg bei Berlin. Dieses Werk wird streng historisch den ganzen Gründungsgang des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine darstellt, wobei die Entwicklung derselben, das Verhältnis zu den politischen Parteien usw. ausführlich machen und eine Menge amtlichen Materials aus den Jahrgängen des „Gewerksrat“ und den Verbandstagsprotokollen aufzuführen.

Das Werk, ca. 300 Seiten stark, ist für die Kollegen in leitender Stellung und die fortgeschrittenen Mitglieder bestimmt. Außerdem wird es allen Sozialpolitikern, den anderen Führern der Arbeiterbewegung zeigen, unter welcher unangünstigen allgemeinen Verhältnisse die Gewerksvereine entstanden sind, mit welchen Schwierigkeiten sie im Anfang zu kämpfen hatten und welche Fehler von der ehemaligen Fortschrittspartei gemacht worden sind. Beide Bücher werden eine empfindliche Lücke in der Gewerksvereinsliteratur ausfüllen und die Gewerksvereine, weiteren Kreisen bekannt machen.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine. Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsgenossen!

Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Reservations bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Büchner, Langgebäude.

Das Bureau des Zentralrats.

Der Gewerksverein
Jahrgang 1906

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

3,50, sonst 6 Mark.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Ordnungen nur an Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Hannover-Linden. (Ortsverband). Arbeitsnachweis bei Carl Hebel, Hannover, Helfenstr. 22 a. l.

Goyman i. Schief. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pfg. bei Gust. Guber, Große Burgstr. 14.

Nachen. Durchreisende etc. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei Karl Gut, Wendischstr. 1.

Niederlande und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung beim Kassierer Otto Ganschow, Gausstr. 7 und in Zorge, beim Kollegen Böhlte.

Jüngerer **Eisenkäufer** gesucht. Ortsverein der Konditoren und verwandten Berufe Oldenburg i. Gr. Offerten sind zu richten an Oswald Heilige, Steinstr. 19.

Verbandsbureau der **Deutschen Gewerksvereine** Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Kreuzpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden . . . und an jedem Sonntag . . . Prächtige Stühle, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regalbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter- Bergjahren jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein **Carl Berndt, Deponom.**

Kudorfstadt. Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. Ortsgehalt beim Kassierer D. S. Farrenger, Rathgasse 6.

Mitteln. Verpflegungsarten bei Heinrich Dietzmann, Bergstr. 7. **Danzig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Hildmarth 10, Verpflegungsarten. **Janer (Ortsverband).** Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen F. Sobell, Gehlplatz 6.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Grübnisliste** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 1. bis 31. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsgenossen lauft

niedrigste nach  8 Uhr abends

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Nachtarbeiterschutzes.

Eisenach (Ortsverb.). Karten **Spandau (Ortsverband).** Berlin. Kassierer Edmund Hartmann, Verpflegungsarten bei Korten, Wiesenstr. 4 III.